

Herrn Oberbürgermeister
Norbert Feith
Stadt Solingen
Rathaus
Rathausplatz 1
42651 Solingen

14. November 2014
VII/Me

Stellungnahme zum Haushaltsentwurf der Stadt Solingen für das Haushaltsjahr 2015

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in ihren Bemühungen um eine Sanierung der Stadtfinanzen hat Solingen Rückschläge erlitten. Das Jahresergebnis wird 2014 – trotz der vorgenommenen Maßnahmen zur Haushaltsanierung - voraussichtlich bei minus 38,3 Mio. Euro liegen. Die negative Planabweichung beträgt 18,5 Mio. Euro. Diese ergibt sich insbesondere durch Verschlechterungen bei der Gewerbesteuer in Höhe von 33 Mio. Euro. Diese sind auf zusätzliche Investitionen, auf eine konjunkturelle Abschwächung und auf Sitzverlagerungen einiger größerer Unternehmen zurückzuführen. Allerdings gibt es auch gegenläufige Entwicklungen, so bei der Gewerbesteuerumlage und Landschaftsverbandsumlage, wodurch ein teilweiser Ausgleich erfolgt. Ferner ist damit zu rechnen, dass auch höhere Schlüsselzuweisungen des Landes den Gewerbesteuerrückgang partiell ausgleichen, wenn er im Landesvergleich überdurchschnittlich hoch sein sollte. Höhere Schlüsselzuweisungen zeichnen sich bereits anhand der zweiten Modellrechnung für das nächste Jahr ab.

Wettbewerbsfähigkeit des Gewerbestandortes Solingen schützen!

Bei ihren Konsolidierungsmaßnahmen sollte Solingen darauf achten, die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts nicht weiter zu beschädigen. Denn die Stadt droht im Wettbewerb um Unternehmen und Einwohner stärker zurückzufallen, da ihre Gewerbesteuer- und Grundsteuer B-Hebesätze bereits seit Jahren deutlich über dem Niveau der Umlandgemeinden im Kreis Mettmann liegen. Es gibt deutliche Hinweise, dass das Preis- Leistungsverhältnis des Standortes Solingen aus den Fugen geraten ist. Dies ergibt sich beispielsweise aus einer Umfrage von IW Consult, Köln. Danach halten nur 24 Prozent der Solinger Unternehmen die Höhe des lokalen Gewerbesteuer- Hebesatzes, gemessen an der Standortqualität, für akzeptabel. Dieser Wert liegt fast nirgendwo in Deutschland niedriger. Selbst in Kommunen wie Wuppertal (45 Prozent) oder Hagen (26 Prozent), deren Hebesätze noch über dem Solinger Niveau liegen, ist die Gewerbesteuer- Akzeptanz höher. Im Übrigen begründet die Stadt Solingen den aktuellen Einbruch beim Gewerbesteueraufkommen unter anderem mit Steuervermeidungsstrategien von Seiten ihrer Gewerbesteuerzahler. Es ist deshalb fraglich, ob die Stadt noch einen Spielraum hat, ihre Steuersätze zu erhöhen, sei es bei der Gewerbesteuer oder bei der Grundsteuer. Hieraus ergibt sich, dass die für 2018 vorgesehene Erhöhung der Grundsteuer B allenfalls als „ultima ratio“ in Betracht kommt.

Für eine gute Entwicklung Solingens ist es unerlässlich, die Rahmenbedingungen für erfolgreiches Wirtschaften sowie die Pflege der bereits ortsansässigen Unternehmen und deren Arbeitsplätze in den Fokus der Stadtpolitik zu rücken. Fast immer hängt die unbefriedigende Entwicklung einer Region mit der Abwanderung oder der Aufgabe von Unternehmen zusammen, weil dadurch die Arbeitsplätze und Einwohner zurückgehen. Erfolg versprechender als eine Strategie, die (potentielle) Auspendler nach Düsseldorf ins Visier nehmen möchte, scheint uns eine Strategie, welche die in Solingen verfügbaren Arbeitsplätze ansteigen lässt. Denn das fördert einerseits den Wunsch, in Solingen wohnen zu wollen, andererseits die städtischen Einnahmen aus Gewerbe- und Einkommensteuer sowie aus Schlüsselzuweisungen des Landes. Nach den aktuellen Pendlerstatistiken hat Solingen zwar 5.000 Auspendler nach Düsseldorf, aber auch 70.000 Arbeitsplätze für Arbeitnehmer, Beamte und Selbständige, die auf 50.000 Solinger Erwerbstätige und 20.000 Einpendler entfallen. Eine strategische Neuausrichtung, die Solingen primär in Richtung Wohnstandort für Auspendler entwickeln möchte und implizit als Gewerbestandort zur Disposition stellt, ist deshalb abzulehnen.

Freiwillige Zuschüsse pauschal kürzen und neu begründen!

Grundsätzlich stützt die Solinger Wirtschaft den eingeleiteten Konsolidierungskurs hinsichtlich der Reduzierung des Sach- und Dienstleistungsaufwands, der übrigen Ausgabenkürzungen im Kernhaushalt, der Ergebnis verbessernden Maßnahmen im Konzern Stadt Solingen sowie auch hinsichtlich des größten, aber noch unbestimmten Postens „M/Flex“: Standardreduzierung, Transferaufwandreduzierung, Zuschusskürzung in Höhe von 9,3 Mio. Euro.

Die politischen Parteien sollten sich so schnell wie möglich auf die Konkretisierung der Maßnahmen verständigen. Denn es ist erforderlich, die Bezirksregierung davon zu überzeugen, dass der Solinger Weg zur Haushaltssanierung erfolgversprechend ist. Falls keine Einigung möglich sein sollte, empfehlen wir, die freiwilligen Leistungen in einem ersten Schritt gleichmäßig um einen bestimmten Prozentsatz zu kürzen. Hierdurch ließen sich relativ schnell Einspareffekte erzielen.

Darüber hinaus schlagen wir vor, dass jeder Empfänger freiwilliger oder globaler Zuschüsse verpflichtet werden sollte, neu zu begründen, warum sein Zuschuss trotz der akuten Haushaltssituation dem Grunde nach weiter gezahlt werden sollte. Ferner sollte eine strikte Rechenschaftslegung über die Verwendung der gewährten Zuschüsse eingefordert werden. Nur in den Fällen, in denen die Begründungen der Zuschussempfänger die Ratsmehrheit überzeugen, sollte es bei einer pauschalen Kürzung bleiben, ansonsten sollte der Zuschuss noch stärker gekürzt werden oder gänzlich entfallen. Auf diese Weise könnte kurzfristig, d.h. bereits 2015 ein Einsparvolumen von einigen Millionen Euro realisiert werden, ohne die Stadt „kaputt zu sparen“.

Mittel für soziale Maßnahmen effizient einsetzen!

Das reicht aber noch nicht aus, um den Haushaltsausgleich zu erreichen. Ergänzend könnte im nächsten Jahr erneut mit dem zuletzt erfolgreichen Mittel der Haushaltssperre operiert werden. Wir sind ferner der Meinung, dass es bei der Größenordnung, welche die Transferaufwendungen für Soziales und Jugend im Haushalt absolut (169 Mio. Euro) und relativ (31,6 Prozent) einnehmen, möglich sein müsste, durch Effizienz steigernde Maßnahmen deutliche Verbesserungen zu erreichen. Im Übrigen hat sich Solingen vor zwei Jahren als „Optionskommune“ für die Gründung eines eigenen Jobcenters entschieden, was Stadt-

kämmerer Weeke und auch die IHK wegen der daraus erwachsenden Haushaltsrisiken kritisiert hatten. Es ist u.E. zu hinterfragen, warum die vom Jobcenter betreuten Bedarfsgemeinschaften in der Phase der Hochkonjunktur um mehr als zehn Prozent zugenommen haben. Die Stadt sollte prüfen, ob die Ablauf- und Entscheidungsprozesse des Jobcenters noch optimiert werden können.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Meyer
Präsident

Curt Mertens
Vizepräsident

Michael Wenge
Hauptgeschäftsführer